

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

CDU-Fraktion

Nr.: A 18/0411-01

Status: öffentlich

Datum: 25.05.2018

Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung mit Kastrationsverpflichtung für Katzen

Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU für die Sitzung des BSO-Ausschusses am 04.06.2018

Beratungsfolge

Status	Gremium
Ö	Ausschuss für Bürgerangelegenheiten, Sicherheit und Ordnung

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU beantragen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Beschlussvorlage zu erarbeiten, die mit dem Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung die Einführung der Kastrationspflicht für verwilderte Freigängerkatzen zum Ziel hat.

Sachverhalt:

Der Mülheimer Tierschutzverein hat aufgrund der auch in Mülheim an der Ruhr festgestellten immer weiter anwachsenden Katzenpopulationen erneut die Forderung erhoben, über eine Ordnungsbehördliche Verordnung die Kastrationsverpflichtung für Katzen einzuführen. Damit soll der weiteren unkontrollierten Vermehrung von insbesondere freilebenden Katzen in Mülheim an der Ruhr entgegen gewirkt werden.

Diese Kommunalverordnung (als sog. Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungsverordnung) kann auch in Mülheim an der Ruhr auf der Grundlage der Zuständigkeitsverordnung des Landes NRW nach § 13b Tierschutzgesetz des Bundes beschlossen werden. In unseren Nachbarstädten Bochum, Düsseldorf, Essen (2016) und Leverkusen wie in über 650 weiteren bundesdeutschen Kommunen (Q: Homepage des Deutschen Tierschutzbundes e.V.) ist diese Ordnungsbehörderliche Verordnung mit der Kastrationspflicht von Freigängerkatzen bereits eingeführt worden.

In der Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten, Sicherheit und Ordnung am 16.11.2015 ist aufgrund eines gleichgerichteten Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen von der Verwaltung bestritten worden, dass die Notwendigkeit zum Handeln über eine Ordnungsbehördliche Verordnung besteht.

Vom Tierschutzverein übermittelte aktuelle Zahlen (z.B. ca. 4.300 verwilderte Katzen in Mülheim an der Ruhr und nähere Umgebung, mehr als 90% nicht erreichbare Tiere) machen aber deutlich, dass die 2015 formulierte ablehnende Haltung der Verwaltung überdacht werden muss.

Christina Kaldenhoff
Vorsitzende
der CDU-Fraktion

Tim Giesbert
Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen